

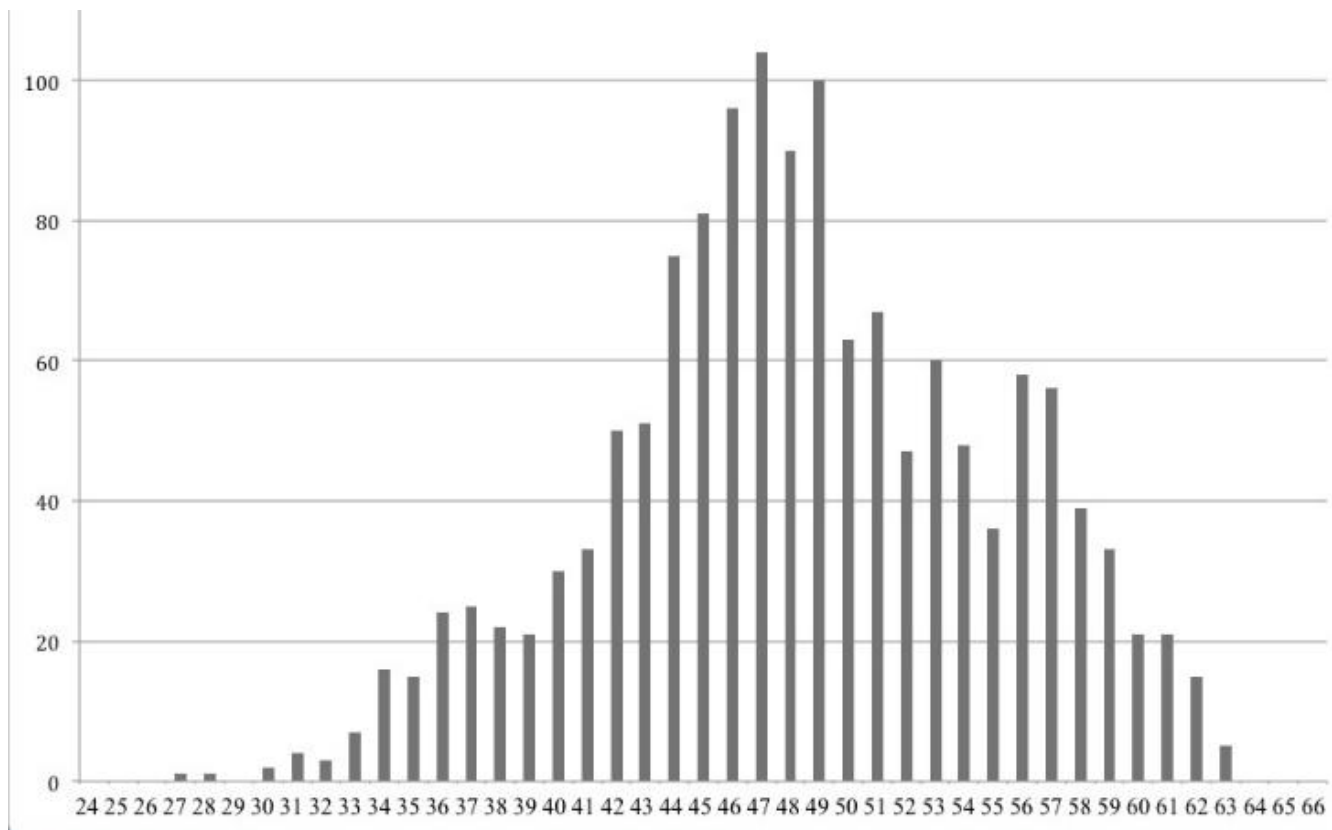


## Informationen des Stadtverbands 1-2023

### Neues Jahr - neues Jubiläum

Als unser Kollege Werner Begoihn im Jahre 1998 eine Übersicht zusammenstellte, wie viele aktive Lehrkräfte im Dienste der Stadt Bremerhaven dem jeweiligen Lebensalter zuzuordnen sind, erhielten wir im Ergebnis eine ziemlich unausgeglichene Verteilung. Deutlich wurde eine massive Ballung von im Schuldienst befindlichen Personen zwischen dem 44. und dem 49. Lebensjahr.

Um der notwendigen Präzision Rechnung zu tragen, bilden wir das „Begoihn’sche Diagramm“ noch einmal komplett ab:



Heute, 25 Jahre später, betrachtet man doch etwas fassungslos diesen Befund. Das ganze Elend um den Fachkräftemangel, insbesondere im Bereich der Pädagogik, hätte sich bei entsprechendem politischem Willen verhindern lassen. Seinerzeit, 1998, lagen vor dem Einsetzen der sogenannten „Pensionierungswelle“ mindestens zehn, eher sogar fünfzehn Jahre.

Es gab also noch Zeit, um in der Ausbildung von Lehrer:innen, ebenso bei anderen pädagogischen Professionen, Vorsorge treffen zu können. Auch damals dauerte eine Ausbildung von Lehrkräften im Schnitt sieben Jahre, so dass man eine Aufstockung der Ausbildungskapazitäten, stufen-, fach- und lehramtsbezogen, sogar noch solide hätte vorbereiten können.



Allerdings folgte keine Phase einer Ausbildungs-offensive, sondern eine eisenharte Ausein-der-setzung zwischen Senat / Magistrat und unserer Gewerkschaft um die Anzahl zugestander Stellen für die Schulpraxis. Mit dem Zynismus, den Öffentlichen Dienst „verschlanken“ zu wollen, wurden trotz der Einleitung von Reformen im Schulsystem Stellen gestrichen und Arbeits-bedingungen verschlechtert. Dagegen gehalten haben die Beschäftigten mit politischen Aktivitäten und Argumenten: Auf der Grundlage der Altersverteilung konnte man ziemlich genau berechnen, wie viele Ersatz Einstellungen alleine in den folgenden Jahren nötig sein werden, um den Status quo zu halten.

Und die Argumentationsdichte nahm zu. Noch im Jahre 2005, als bereits die Medien sich abzeichnende Lücken in der Versorgung mit Lehrkräften deutlich problematisierten („Den Schulen gehen die Lehrer aus“), hätte es realistische Möglichkeiten gegeben, unseren Einstellungs-forderungen nach „100 Lehrerinnen und Lehrer – jährlich“ nachzukommen. Der bundesweite Bedarf und die Konkurrenz-situation zwischen den Einstellungs-behörden zeichneten sich allerdings mehr als deutlich ab. Dessen ungeachtet glaubten großtönende Senator:innen und Abgeordnete immer noch an die kaum schlagbare Attraktivität dieses Bundeslandes bei der Suche nach neuem Personal.

Stets um Versachlichung bemüht, gaben die fünf norddeutschen Landesverbände der GEW eine Studie beim renommiertesten aller datengestützten Bildungsforscher, Klaus Klemm, in Auftrag. Dessen Ergebnisse aus dem Jahre 2009 lesen sich gegen-wärtig wie die Mahnung an die letzte Chance, der sich abzeichnenden Mangelsituation erfolgreich und rechtzeitig entgegen zu treten. Vollständiges Studienangebot, keine Schließung von Studien-gängen, Senkung der Abbrecher:innenquote, gezielte Werbung für den Beruf einer Lehrkraft nach der Bachelorphase, mehr Ausbildung statt erhöhtem bedarfsdeckenden Unterricht im Referendariat sowie eine „Humanisierung“ der Lehrer:innenarbeit lauteten einige der Schlussfolgerungen. Daneben berechnete Klemm die tatsächlichen Bedarfe kriterienorientiert exakt.

Doch auch gute Argumente führen nicht direkt zu sinnvollem politischem Handeln. Es bleibt die Pflicht der Gewerkschaft, die Zwischenstände hinsichtlich

der Veränderung der Schulsituation zu veröffentlichen. Schon im Frühjahr 2014 bestand für uns kein Zweifel daran, dass der notwendige Start-Zeitpunkt für eine Ausbildungs-offensive bereits verstrichen war und es ausschließlich darum ging, die „Übergangszeit“ bis zur Qualifizierung einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften möglichst kurz zu halten. Nur zur Erinnerung: Im Frühjahr 2014 besaßen bereits 12,8% der damals 1.336 Personen, die als Lehrkräfte in Bremerhaven arbeiteten, kein zweites Staatsexamen. Dabei stieg die Zahl der Klassenverbände in der Grundschule allein von 2011 bis 2015 um ca. 9%.

Wenn die Personalversammlung des unter-richtenden Personals zum Ende des Jahres 2022 feststellt, „Es ist alles gesagt“, dann hat sie leider recht. Indem sie ihre wiederholt vorgetragenen Forderungen unterstreicht und gesunde Arbeits-bedingungen, die Rücknahme der erhöhten Unterrichtsverpflichtung von 1997, bessere Bedingungen für Seiteneinsteigende, gleichzeitig aber auch die Umsetzung pädagogischer Prinzipien (Klassengröße, Sprachkurse, Sonder- und Sozialpädagogik, Entschlackung der Lehrpläne) anmahnt, begibt sie sich in die Kontinuität der seit Jahren währenden Auseinandersetzungen um eine angemessene Bildung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen bei Gewährung akzeptabler Arbeitsbedingungen.

Auch in diesem Jahr werden wir an Ausdauer und Intensität zur Durchsetzung unserer Argumente nicht nachlassen dürfen. Und unsere politischen Gegenüber werden es uns nicht leicht machen, weder praktisch noch hinsichtlich des von ihnen aufgebauten psychischen Drucks. Wie erbärmlich sind doch die Resultate einer eigens von der Senatorin für Kinder und Bildung eingesetzten „Task Force“, wenn deren Vorschläge nicht darüber hinaus gehen, den Quereinstieg zu erleichtern, die Teilzeitarbeit unbürokratisch und flexibel aufstocken zu können sowie die Prüfverfahren für ausländische Abschlüsse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dieser noch großspurig genannte „Drei-Punkte-Plan“ ist hinsichtlich seiner Qualität und der Tiefe des Problemverständnisses ebenso wenig kaum auszuhalten wie die kläglichen Einlassungen der Opposition, die sich an ein System von Exklusion, Sitzenbleiben und frühen Ziffernoten klammert, welches seine Untauglichkeit wissenschaftlich belegt bewiesen hat.



Wir fordern Entscheidungen, welche die Interessen von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Mitarbeitenden ernst nehmen. Und zwar mit eindeutigen Verpflichtungen auf Seiten der Politik. Wir werden uns weiter deutlich artikulieren.

Am 14. Mai sind Wahlen! Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um Wahlentscheidungen zu Gunsten einer besseren Bildung zu bewirken und neue Regierungen gnadenlos an ihren Taten messen.

#### **Sammlung 2022 für "Fair Childhood" abgeschlossen**

Seit 2014 beteiligt sich der Stadtverband Bremerhaven alljährlich an der Initiative des Hauptvorstandes der GEW, unsere Stiftung mit dem Ziel "Bildung statt Kinderarbeit" zu unterstützen. Gefördert werden damit Projekte in verschiedenen Regionen der Welt.

Unsere Sammlung im vergangenen Jahr ergab eine Summe von **1.951,98 €**.

Der Stadtverbandsvorstand dankt allen Betriebsgruppen und Einzelspender\*innen für die großzügige Hilfe.

#### **Schon´mal vormerken:**

**Mo., 30. Januar**

**Aktionsbündnis gegen Rechts „Bremerhaven bleibt bunt“**

**Aufruf zu einer Demonstration „90 Jahre Machtübergabe an die Nazis“**

Treffpunkt: 17.00 Uhr am Hauptbahnhof Bremerhaven

Kundgebung: 18.00 Uhr am Theodor-Heuss-Platz

**Sa., 11. Februar, 10.00-13.00 Uhr**

**Walter-Kolb-Halle Bremerhaven**

GEW Fußballturnier – **Fällt aus!**

**Mo., 13. Februar, 15.00 Uhr**

**Neue Grundschule Lehe**

AK Senior:innen

**Fr., 17. Februar – Sa., 18. Februar**

**Marschenhof Wremen**

Wochenendseminar des erweiterten Vorstandes

**Mo., 13. März, 15.00 Uhr**

**Spaziergang durch Lehe**

AK Senior:innen

**Do., 16. März, 10 - 16 Uhr**

**Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus**

Neueinsteiger:innen-Seminar für neueingestellte Lehrkräfte in Bremerhaven